

In Deutschland ist man dabei, die historisch einmalige Chance zu versäumen, die meisten Energieanlagen in den Neuen Bundesländern durch zukunftssträngige auszuwechseln. Statt in neue innovative Technologie, investiert man in ein System, das veraltet und unfähig ist, aus bewährter Weltspitzentechnologie Nutzen zu ziehen.

Selbst wenn man neue Braunkohlekraftwerke in der Lausitz baut, werden die gewaltigen sozialen und politischen Konflikte nicht gelöst, da schon heute die Rolle der Braunkohle als größter Arbeitgeber in der Lausitz abgeschlossen ist: 1990 betrug die Beschäftigung bei der LAUBAG/ESPAG 113.000, im Jahr 2000 werden es weniger als 16.000 sein. Die Lausitzer Braunkohle wird auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, trotz Renovierung alter bzw. Erstellung neuer Anlagen bei Jänschwalde, Boxberg und Schwarze Pumpe. Werden die Umweltkosten eingerechnet, ist die Braunkohle so teuer, daß jeder Arbeitsplatz mit 130.000 DM pro Jahr in den Tagebauen von Jänschwalde und Cottbus Nord im Verhältnis zum Weltmarktpreis der Steinkohle subventioniert wird. Volkswirtschaftlich vorteilhafter wäre:

- + die Förderung der Braunkohle einzustellen,
 - + den im Tagebau Beschäftigten einen höheren als jetzt üblichen Lohn zu zahlen,
 - + sie die zerstörte Landschaft rekultivieren zu lassen.
-
- Die Neuen Bundesländer entwickeln sich energiemäßig zum Hochpreisgebiet, mit dem möglich dauerhaften Verlust an Arbeitsplätzen.
 - Die Wärmeversorgung wird mit einer beträchtlichen Abhängigkeit von Erdgas und Öl aufgebaut. Das Argument, die Versorgungssicherheit zu erhöhen, indem man auf Braunkohle zur zentralen Elektrizitätsherstellung setzt, ist also unhaltbar.
 - Die NBL werden trotz ca. 70 Mia. DM Investitionen in nagelneue Kraftwerke und Heizungen auf Platz zwei der CO₂-Verunreiniger pro Einwohner in der EG liegen.
 - Verkauft die Treuhand im Oktober 1993 die exDDR-Energiewirtschaft an die West-Konzerne, könnten sie, abhängig vom Kaufpreis, bis zu 3,5 Milliarden DM jährlich aus den Taschen der Stromverbraucher in den NBL ziehen.

Die wissenschaftliche Studie stellt dagegen Alternativen die in Deutschland noch durch den Energieführerbefehl, vom 29. Juli 1941, und den DDR-Stromvertrag, vom 22. August 1990, staatlich behindert sind, während sie in Dänemark zügig verwirklicht werden: Einsparungen, Kraftwärmekopplung und bleibende Energie. Sie könnten in den Neuen Bundesländern die gleiche Beschäftigungsrate zu den gleichen Gesamtkosten schaffen, aber mit der Hälfte des Brennstoffverbrauchs, einer CO₂-Emission, die zwischen 20 bis 40% reduziert ist, und einer größeren Versorgungssicherheit. Diese Alternative wäre noch billiger, bezieht man die EG-Umweltkosten mit ein.